



**Bearbeitende Stelle:**

**Referat**

Hausanschrift:

Postanschrift:

Tel.: 0911943-0

Fax: 091194334199

\_\_\_\_\_

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

(Durchwahl)

Datum

(bei Antwort bitte angeben)

**In der Verwaltungsstreitsache**

Vorname / Name

geb. am

**Kläger/Antragsteller**

vertreten durch:

g e g e n

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, vertreten durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

**Beklagte/Antragsgegnerin**

beantrage ich, die Klage abzuweisen.

Soweit ein Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO oder § 123 VwGO gestellt ist, wird beantragt, diesen abzulehnen.

Ich beziehe mich zur Begründung auf die angefochtene Entscheidung und erkläre

den Verzicht auf Stellungnahme vor der Verweisung an das zuständige Gericht.

- den Verzicht auf Übersendung von Anträgen auf PKH gegen Empfangsbekanntnis.
- den Verzicht auf Ladung gegen Empfangsbekanntnis.
- den Verzicht auf Einhaltung der Ladungsfrist.
- den Verzicht auf Anhörung vor Übertragung der Entscheidung auf Einzelrichter gemäß § 76 Abs. 1 AsylG.
- den Verzicht auf Übersendung der gerichtlichen Erkenntnismittellisten.
- den Verzicht auf Anhörung gemäß § 84 Abs. 1 S. 2 VwGO vor Erlass eines klageabweisenden Gerichtsbescheides.
- das Einverständnis mit der Entscheidung durch den Berichterstatter gemäß § 87a Abs. 2 und 3 VwGO.
- Einwilligung in die Klagerücknahme auch nach Stellung der Anträge in der mündlichen Verhandlung.
- bereits jetzt für den Fall eines Berufungszulassungsverfahrens nach § 78 Abs. 4 AsylG das Einverständnis mit der Entscheidung durch den Berichterstatter für klägerseitige Anträge auf Zulassung der Berufung.

Im Auftrag